

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich denke niemand hätte gedacht, ja es überhaupt für möglich gehalten, was dieses Jahr geschehen ist.

Die Grenzen wurden geschlossen –
Es gab einen heftigen Lockdown,
den Bürgern wurden zahlreiche Grundrechte entzogen,
Angst wurde verbreitet –
Menschen starben in Einsamkeit ohne dass Ihre Liebsten von Ihnen Abschied nehmen konnten –
Schulen und Geschäfte wurden geschlossen,
es gab und gibt drakonische Strafen, wenn die Maßnahmen nicht eingehalten werden –
Großeltern durften Ihre Enkelkinder nicht mehr sehen –
Viele sind in einer Angststarre gefangen und trauen sich nicht mehr aus dem Haus.
Das Denunziantentum kam wieder auf.
Nachbarn meinten Polizist zu spielen.
Freundeskreise brachen zusammen, Familien sind im Streit.
Die häusliche Gewalt, genauso wie der Drogenkonsum steigen an –
Manche Polizisten meinten Sie müssten Wild-West Methoden anwenden
und manche Bürgermeister im Inland haben sogar die Bevölkerung aufgerufen
Bürger zu kontrollieren, welche die Maßnahmen nicht einhalten -
Das öffentliche Leben stand still und steht es immer noch in großen Teilen.

Das normale Leben ist vorbei –

Existenzängste verbreiten sich –
Depressionen steigen –
Viele Selbständige stehen vor dem Ruin.
Zahlreiche, ja zehntausende Betriebe in Belgien werden im kommenden
Jahr nicht mehr aufmachen können –
Ganze Existenzen welche in Jahren, ja Jahrzehnten aufgebaut wurden stehen
vor dem Aus -
Eine hohe Arbeitslosigkeit droht –
Mit dramatischen Auswirkungen auch für den Haushalt der DG -

Und das alles, wegen einem Virus, wo zahlreiche Experten sagen, dass der Großteil der Bevölkerung keine ernsthaften Schäden davon haben wird –

Es gibt Studien und Gegenstudien –

Und welche Zahlen stimmen, kann man nicht mit Sicherheit sagen – Was man aber sagen kann ist, dass zahlreiche Maßnahmen kontraproduktiv sind und die Folgeschäden der Maßnahmen gravierend sind -

Selbst vereinzelte Mitglieder der DG Regierung und der Mehrheit äußern sich hierzu –

Wobei diese DG Regierung alle Entscheidungen in dem entsprechenden Gremium auf föderaler Ebene mitgetragen hat – bzw. es geschehen hat lassen. Auch, wenn es zu verschiedenen Maßnahmen Kritiken gab –

Und dann sagt auch noch der föderale Gesundheitsminister, dass das Schließen der nicht-essenziellen Geschäfte jetzt im Herbst nicht notwendig gewesen sei, es hätte keinen epidemiologischen Grund dafür gegeben –

Und die Infektiologin Erika Vlieghe bestätigt seine Aussage und betont, dass die Schließung der Geschäfte eine rein politische Entscheidung gewesen sei, da an sich kein besonderes Infektionsrisiko in den kommerziellen Einrichtungen vorliegt.

Ein Hohn, blanker Spott für die zehntausenden von Beschäftigten in diesen Betrieben – man spielt hier mit der Existenz von tausenden von Betrieben um so wörtlich – den Menschen einen Schock zu verpassen.

Und solche Menschen stehen bei uns in Belgien in der Verantwortung, ein Minister der offen sagt, man wollte den Menschen einen Schock verpassen.

Wie fühlt sich dies für die Arbeiter, Angestellten und Gewerbetreibende an? Man ist in den Geschäften im Frühsommer auf die Maßnahmen eingegangen und hat diesbezüglich Investitionen getätigt.

Und dann – zu – geschlossen – ohne einen medizinischen Grund.

Meine Damen und Herren,
solche Aussagen – schmerzen – schmerzen tief.

Der Minister kann gut reden auch die Mitarbeiter seines Kabinetts oder die anderen zahlreichen Beschäftigten in der Regierung –
Sie haben keine Einbußen, die föderale Regierung hat sogar die Mittel für die Kabinette um etliche Millionen erhöht –
Und dies in solchen Zeiten –

Nein – den Mittelstand trifft es am härtesten –
Und der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft.

Ja, der Virus ist da, und er ist für einige Bevölkerungsgruppen gefährlich –
Und ich möchte nicht die Gefahr des Virus leugnen,
das tun auch nicht die mehr als 2000 Mediziner und Fachkräfte aus dem Gesundheitssektor, welche die Initiative Doc4opendebatte gegründet haben.
Aber Sie kritisieren die Maßnahmen – und fordern genau wie wir eine offene Debatte –

Es hat mich erfreut, dass zumindest eine Abgeordnete der Mehrheit sich mit deren Veröffentlichungen auseinandergesetzt hat und den Minister dazu befragt hat –

Und hier stellt sich eine wesentliche Frage:
Wieso lässt man seit Anfang der Krise keine offene Diskussion zum Thema Corona und den getroffenen Maßnahmen zu?

Wieso versucht man bereits im Keim, Kritiken an den Maßnahmen zu ersticken, und beschreibt diese als alternativlos.

Wenn jemand etwas als alternativlos darstellt, da sollte, ja dann muss man genau hinschauen – auch derjenige der dies äußert, sollte, ja muss dies tun.
Und wenn man sich seiner Sache so sicher ist, wieso erstickt man dann bereits im Keim jegliche Kritik?

Sagen Sie mir warum?

Damit die Menschen weiter in einer Angststarre bleiben und sich nicht trauen, auch nur irgendeine Form der Kritik zu äußern?
Geht man so mit mündigen Bürgern um?

Meine Damen und Herren,

es ist nicht nur so, dass tausende von Medizinern in Belgien die Maßnahmen kritisieren, auch zahlreiche Juristen tun dies.

Anfang November haben 25 Verfassungsexperten diesen Zustand in einem offenen Brief, welcher in der flämischen Zeitung „de Standaard“ veröffentlicht wurde, aufgezeigt und die juristisch unverantwortliche Handhabung der Regierung angeprangert.

Die Maßnahmen der föderalen Regierung, welche erhebliche Einschränkungen der Grundrechte für die Bürger bedeuten, basieren nicht auf Gesetzen, sondern auf Erlasse – ein Unterschied –

Ein Beispiel:

Es gibt kein Gesetz, welches zum Tragen einer Maske verpflichtet, sondern einen Erlass – und genau dies kritisieren die Verfassungsexperten –

Wir haben dazu vor zwei Wochen eine ausführliche Pressemitteilung veröffentlicht, Reaktionen der anderen Parteien hier im Hause blieben dazu aus – Ich kann Ihnen nur den offenen Brief der Verfassungsexperten und unsere diesbezüglichen Äußerungen in der Pressemitteilung ans Herz legen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, in Ihrer Kritik in der vergangenen Woche zu den Äußerungen des Herrn Antoniadis –

Ein Minister hätte sich an die Verfassung zu halten –

Nur so viel:

Wenn die föderale Regierung sich an die Verfassung gehalten hätte, dann gäbe es zahlreiche Maßnahmen gar nicht, denn viele sind einfach nicht verfassungskonform – und dies ist nicht nur unsere Meinung, sondern wie eben erwähnt die Meinung zahlreicher Juristen –

Wobei, ich den Minister nicht in Schutz nehmen möchte –

Zu widersprüchlich sind seine Aussagen – und diese haben auch oft mit dem politischen Wetter und mit der Meinung in der Bevölkerung zu tun -

Meine Damen und Herren,

eins ist sicher - und da kann, glaube ich, mir niemand hier im Hause widersprechen,

die Maßnahmen werden Folgen über Jahre haben, welche Auswirkungen wir noch lange hier im Hause debattieren werden –

Viele von Ihnen kennen die Kritiken an den Maßnahmen und einige wissen auch wie dünn das juristische Eis ist, auf welchem sich die Föderalregierung damit bewegt –

Und ich glaube, dass einige auch unsere Kritiken teilen, sich aber nicht trauen dies offen auszusprechen -

Denn dann kommt immer die Frage, was hätte man denn tun sollen?

Andere Länder sind andere Wege gegangen mit mehr Erfolg –

Weichere Einschränkungen, kaum und gar keine Schließung von Schulen oder Geschäften, und mit keiner Übersterblichkeit –

In Deutschland, wo die Maßnahmen milder waren, sind bis jetzt weniger Menschen gestorben als im Durchschnitt in den letzten Jahren – in Belgien scheint dies anders zu sein –

Warum?

Auffallend ist das Länder trotz starken Lockdowns, wie z.B.

Argentinien, Frankreich, Italien, Spanien die Lage nicht in den Griff bekommen haben – denn trotzdem gingen Fall- und relativ auch Todeszahlen in die Höhe.

In den Ländern, welche nicht solche drakonischen Maßnahmen ergriffen haben, war die Lage anders – Warum?

Vor allem, warum darf man nicht darüber sprechen, oder dies analysieren?

Nochmals, der Virus birgt eine Gefahr für gewisse Bevölkerungsgruppen - nur die Frage ist, was bringt mehr Schaden?

Dann, ganz am Anfang im Februar, vielleicht erinnern sich noch einige, kam es zu einem Ausbruch in Teneriffa, in einem Hotel, in welchem auch belgische Touristen waren.

Damals sagte Herr Antoniadis dazu in einer Ausschusssitzung.

Es war falsch, dass man die Menschen in den Hotelzimmern eingesperrt hat – Besser wäre gewesen sie wären an die frische Luft gegangen und hätten Sonne getankt –

Knapp einem Monat später wurde ein ganzes Land eingesperrt und man durfte noch nicht einmal mit seiner Familie in den Wald fahren um spazieren zu gehen.

Die Aussage des Ministers vom Februar war richtig –

Und hierzu folgendes:

Warum hat man nicht von Anfang an die Menschen sachlich aufgeklärt?

Ja, der Virus ist eine Gefahr – aber für wen?

Und wie können wir, als Gesellschaft diese Menschen schützen, und wie kann sich jeder einzelne schützen.

Der beste Schutz ist ein gutes Immunsystem – und diesen Punkt sprechen wir schon seit mehr als 10 Jahren an.

Während meiner Zeit als Mitglied des Gesundheitsausschusses habe ich zahlreiche Beiträge zum Thema Gesundheitsprävention gemacht, zahlreiche Fragen gestellt, Interpellation geführt und wir haben Resolutionen eingereicht, welche sogar vom ganzen Parlament verabschiedet wurden –

Im Kern ging es immer darum: Vorsorge kommt vor der Sorge –

Und dies hat nicht nur mit genügend Vitaminen zu tun –

Gesundheit des Körpers ist ein Zusammenspiel von Körper und Geist –

Und Angst, so wie Sie sie verbreitet haben, ist hier besonders schädlich –

Da stimmt, zumindest eine Mehrheitskollegin, mir zu –

Also, anstatt Filme zu veröffentlichen und Aussagen zu treffen wie

„Wollen Sie denn hier italienische Verhältnisse“ hätte man aufklären müssen und dies schon seit Jahren, wie man selbst sein Immunsystem stärkt –

Und es reicht nicht, so wie es der Minister in der letzten Woche gesagt hat –

dass man den Patienten-Rat und -Treff beauftragt hat, mal eine Kampagne zu machen – das ist ein Prozess, der über Jahre läuft und da ist diese, und auch die Vorgängerregierung kläglich gescheitert.

Und jede Maßnahme hätte, ja muss von einem, so wie es die Mediziner in ihrem Schreiben fordern, unabhängigen Expertengremium aus zahlreichen Bereichen bestehen – und jede Maßnahme muss abgewogen werden – nach Ihrem Nutzen und nach Ihrem Schaden.

Einfach den Stecker aus der Wirtschaft ziehen, alle bildlich einzusperrern und zu drohen, hat nichts mit abwägen zu tun -

Und welche Folgen hat das Ganze für unsere Kinder:

Ein Kinderarzt aus einem Nachbarland berichtete, dass ein Kind vor ihm in Tränen ausbrach.

Als er wissen wollte warum, sagte das vierjährige Kind, man hätte ihm verboten zu seinen Großeltern zu gehen, weil er giftige unsichtbare Käfer an den Fingern hätte, welche Oma und Opa töten würden –

Solche erzieherischen Maßnahmen sind Gift für die Psyche des Kindes und jahrelang wird diese Geschichte das Kind verfolgen –

Es ist schlimm was derzeit unseren Kindern angetan wird.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu den finanziellen Auswirkungen für den Haushalt der DG -

Vielleicht sollten wir uns zuerst die Zeit vor Corona anschauen, um den Haushalt der DG, welcher jetzt zur Abstimmung vorliegt, analysieren zu können.

Im Herbst des vergangenen Jahres, also vor Corona, warnte Herr Paasch bereits und sprach von Einnahmeausfällen, Zitat aus seiner damaligen Rede – also vom Herbst 2019 –

„Die makroökonomischen Parameter in unserem Land haben sich aufgrund von internationalen Krisen, Handelskonflikten, rückwärtsgewandtem Protektionismus und dem drohenden Brexit bekanntlich erheblich verschlechtert.“

Es braute sich also vor der Coronakrise etwas zusammen –
Bereits vor der Coronakrise war die DG hoch verschuldet –
Der Belgische Staat war, genauso wie zahlreiche andere europäische Länder –
finanziell am Limit – es fehlten damals bereits dem belgischen Föderalstaat
Milliarden – erinnern Sie sich noch?

Ich verweise hierzu auf unsere diesbezüglichen Reden und Analysen zur
Finanzsituation der DG und des belgischen Föderalstaats, welche wir hier in
den letzten 10 Jahren immer wieder hervorgebracht haben –
Und auf die möglichen Auswege und Alternativen –

Also vor Corona, auch dies kann niemand hier im Hause leugnen, war die finanzielle Situation des belgischen Föderalstaates, von welchem die DG finanziell abhängig ist, besorgniserregend.

Und dabei, auch dies haben wir hier ausführlich erklärt, nahm und nimmt der Staat vom Steuerzahler, die höchsten Steuern und Abgaben ab –
Aber dies wissen Sie –

Dann kam Corona –

Anstatt, dass man in guten Zeiten, sowie es eigentlich jeder Familienvater und auch ein ordentlich geführter Betrieb macht, Geld zurücklegt, für eben Unvorhergesehenes, wurde immer am Limit geplant, und ausgegeben und darüber hinaus.

Was dazu führt, dass man hier und heute über eine Neuverschuldung spricht, welche man vor einigen Jahren noch für undenkbar hielt.

Und man tut auch noch so, als ob diese verkraftbar sei –

Aktuell hat die DG mehr als 500 Millionen EURO Schulden –
Das sind fast hundert Prozent der Einnahmen eines Jahres -
Dieses Jahr wird das Haushaltsergebnis ca. 68 Millionen EURO MINUS betragen –
und im kommenden Jahr ca. 50 Millionen Euro – Minus –
Das fehlt also –
Und von einem ausgeglichenen Haushalt spricht keiner mehr –

Damit man schön weiter Schulden machen kann,
besteht durch diesen Haushalt, die Möglichkeit bis auf 1 Milliarde EURO zu gehen – Also nochmal 500 Millionen oben drauf -

Auch alternativlos –
Aber wer soll das alles mal zurückbezahlen?
Und dies bei weniger Einnahmen?
Dies in den unruhigsten Zeiten seit Jahrzehnten,
dies in der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges –

Wartet man auf die kommende Inflation?

Welche noch gravierendere Auswirkungen haben wird.

Das Geld, das die DG Regierung jetzt großspurig verteilt ist eigentlich gar nicht da – Es sind Schulden -

Und ein Teil von dem Geld was die DG vom Föderalstaat erhält ist auch gar nicht da – auch dies sind neue Schulden –

Geld wird in nie gekannten Höhen aus dem Nichts geschaffen –

Erklärungen hierzu habe ich des Öfteren gegeben,
und dann werden diese Gelder als Wohltaten verteilt –

Aber irgendwann kommt die Abrechnung –

Auch für die DG –

Und deshalb hätte man seit Jahren in zahlreichen Bereichen Einsparungen machen müssen, man hat auf großem Fuß gelebt, man hat es sich gut gehen lassen – und jetzt?

Und ob dies verkraftbar ist -

Kann niemand hier und heute behaupten –

Denn die Krise ist noch lange nicht vorbei –

Drei Punkte wären als erstes zu klären und dies unabhängig von Corona:

Erstens, der gesamte Staatsapparat muss günstiger werden –

Hier muss es dringend eine komplette Reform geben –

Hunderte Millionen wären einzusparen –

Beispiele kennen Sie, wenn nicht, lesen Sie unsere Vorschläge dazu –

Dann muss sich Arbeit in unserem Lande wieder lohnen –

Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden, damit nicht, wie in den letzten Jahrzehnten geschehen, Arbeitskräfte abwandern –

Und das Geld muss fließen – auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge

gebracht – erfreut hat es uns, dass die DG Regierung nun endlich einsieht, dass ein Regionalgeld nicht den Euro abschaffen soll, sondern als

Komplementärwährung gedacht ist, zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft –

Die aktuell staatlichen Hilfen, sind Überlebenshilfen mehr nicht.

Wenn die Unterstützungsprogramme wegbrechen sind viele Firmen nicht mehr zu halten – „Es wird ein sich langsam entfaltender Tsunami sein, der sich über Monate und sogar Jahre ausbreiten wird“ sagt Graydon-Sprecher Eric Van den Broele zur aktuellen Lage zahlreicher Betriebe in unserem Land.

Meine Damen und Herren,
ich will es heute hierbei belassen –

und wünsche Ihnen, trotz allem ein frohes, besinnliches und
nachdenkliches Weihnachtsfest –